

TS „Trauerpegel“

14./15. Februar 1985

Schleswig-Holstein

Geschäftsordnung der Geesthachter Stadtvertretung zum Teil „rechtswidrig“

Richter setzten „Lex Wüppesahl“ außer Kraft

Fleiß, der Deutschen „höchste Tugend“, zählt in der Geesthachter Stadtvertretung offenbar nicht viel. Da beklagen sich die Feierabendparlamentarier, daß sie mittlerweile über sechs Stunden pro Sitzung tagen müßten und eine Flut von Anträgen zu bewältigen hätten. Man sehnt sich zurück nach alten Zeiten, als noch alles schneller und reibungslos über die Bühne ging.

Schuld an allem hat Thomas Wüppesahl, grüner Ratsherr in Geesthacht, Kreistagsabgeordneter im Herzogtum Lauenburg und in der letzten Zeit im Gerede wegen seiner umstrittenen Stellungnahmen zu den Anschlägen auf das Kernkraftwerk Krümmel. Mit den eigenwilligen Methoden der Geesthachter Gemeindevertreter, Wüppesahl in die Schranken zu weisen, beschäftigten sich in der vergangenen Woche die Schleswiger Verwaltungsrichter. Der Ratsherr nämlich und seine Parteifreunde von den Grünen waren nicht gewillt, die Geschäftsordnung der Stadtvertretung vom Sommer letzten Jahres — auch unter dem Namen „Lex Wüppesahl“ bekannt geworden — hinzunehmen. Also klagten sie.



Thomas Wüppesahl: „Ein voller Erfolg“

Foto: Immergut

Tatsächlich hatte die Gemeinde Geesthacht auf diese Weise weit über die Landesgrenzen von Schleswig-Holsteins hinaus von sich reden gemacht. Sehr werbewirksam dürfte das Bekanntwerden des wohl in der Bundesrepublik einmaligen „Maulkorberlasses“ jedoch nicht sein.

„Einmalig“ und nicht in Ein-

klang mit der Gemeindeordnung zu bringen ist die neue Geschäftsordnung auch für die Richter in Schleswig. Die schärfsten Bestimmungen aus der „Lex Wüppesahl“ sind somit seit vergangener Freitag vom Tisch. Der grüne Ratsherr, der als einziger Vertreter seiner Partei in der Stadtvertretung sitzt und deswegen

auch „keine Fraktion bilden kann, darf sich jetzt wieder deutlich mehr, als den anderen Parteien — CDU, SPD und FPD — lieb sein kann, zu Wort melden.

In Zukunft, so will es das Schleswiger Gericht, darf Wüppesahl wieder mehr als nur zwei Anträge pro Sitzung stellen. Und kein Parlamentarier soll gezwungen sein, seine Antragsbegründung unbedingt auf nur einer DIN A4-Seite zusammenzufassen. Es dürften auch mal wieder wie in früheren Zeiten zwei und mehr sein. Thomas Wüppesahl ist es denn auch zufrieden („Ein voller Erfolg für uns“), nur ein weiterer Punkt ist ihm noch ein Dorn im Auge: Die Regelung, daß jeder Abgeordnete nur fünf Minuten zu jedem Antrag sprechen darf, beanstandeten die Verwaltungsrichter nicht.

Aber ausgestanden ist die Sache mit dem Schleswiger Beschluß noch nicht: Bis das Urteil rechtskräftig ist, können die Geesthachter Parlamentarier in gewohntem Stil weitermachen. Und das taten sie denn auch in der anschließenden Sitzung der Stadtvertretung, nur wenige Stunden nach dem Richterspruch. (uw)